

			
<b>Wird sich Ihre Partei für eine verfassungsrechtliche Schuldenbremse auf Landesebene einsetzen?</b>	(...) Die Schuldenbremse des Grundgesetzes gilt auch in Nordrhein-Westfalen. Wir haben sie im Jahr 2019 in der Landeshaushaltsordnung umgesetzt. Diese Regelung bewährt sich gerade außerordentlich in der Corona-Pandemie und sie wird auch nach der Pandemie weitergelten.	Die Schuldenbremse ist verfassungsrechtlich vorgeschrieben und daher auch einzuhalten. Gleichwohl werden wir die vorgesehenen Spielräume und Möglichkeiten nutzen.	Einem Au- entschied ben wir b eine Ver fassung f
<b>In welchem Zeitraum strebt Ihre Partei einen Abbau der Corona-Schulden an? Setzen Sie sich generell für einen systematischen Abbau der Staatsverschuldung ein?</b>	Der Abbau der Schulden von bis zu 25 Milliarden Euro aus dem Corona-Rettungsschirm (...) ist auf 50 Jahre angelegt. (...) Falls nicht alle Mittel ausgeschöpft werden müssen und / oder sich eine bessere Entwicklung der Landesfinanzen abzeichnet, werden wir die Schulden auch schneller abtragen. Gleiches gilt für den kontinuierlichen Abbau der Staatsverschuldung.	(...) Wichtig ist, nicht durch zu schnelle Abbaupflichten die wirtschaftliche Erholung abzuwürgen. Der Abbau der Staatsverschuldung an sich ist kein Selbstzweck, sondern muss immer im Einklang mit den Herausforderungen wie dem ökologischen Umbau unseres Landes gesehen werden.	Unser An den rech für die au keit nicht Anstiegs schneller
<b>Welche inhaltlichen Schwerpunkte wird Ihre Partei in der Landes-Haushaltspolitik setzen, um zu einer nachhaltigen und generationengerechten Haushaltspolitik zu gelangen?</b>	Unsere Finanzpolitik ist ein Dreiklang von Solidität, Stabilität und Gestaltungswille. (...) Schwerpunkte bilden dabei u.a. die Energie-, Sicherheits-, Bildungs- und Mobilitätspolitik. Damit unser Land bereits während der Krise handlungsfähig war und ist, investieren wir in die Wirtschaft und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Wichtig ist nach der Krise die Rückkehr zur haushaltspolitischen Normalität. Je niedriger die Schulden sind, desto niedriger sind die Zinsbelastungen und umso größer die Gestaltungsspielräume für nachfolgende Generationen.	Die Skandale um CumEx und Co zeigen, welches enorme finanzielle Potential der Kampf gegen Steuerbetrug hat. Daran wollen wir weiter ansetzen. Haushaltsmittel, die bereitstehen, müssen genutzt werden und dürfen nicht liegen bleiben. Der jährliche Jahresabschluss macht deutlich, dass bei vielen Aufgaben noch Puffer da sind.	Eine nach politik setz auch gezei auch wei vestitionen quenten verbindlic welchem Kriterien gramm g
<b>Wie steht Ihre Partei zu einer Reform der Gewerbesteuer?</b>	Nordrhein-Westfalen muss ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort bleiben und seine Attraktivität weiter ausbauen. Steuerliche Rahmenbedingungen, wie die Gewerbesteuer, zählen dazu. Die steuerlichen Belastungen von Unternehmen sind im Ländervergleich hoch, weshalb Entlastungen in den Blick zu nehmen sind.	Langfristig muss die Gewerbesteuer als kommunale Gemeindegewerbesteuer für alle Berufe gelten.	Der wicht zeit die G gen Einna gen wolle nen höhe ersetzen.
<b>Welche Änderungen beabsichtigen Sie bei der Grunderwerbsteuer?</b>	(...) Wir werden Familien beim Erwerb von Wohneigentum entlasten. (...) Mehr Familien sollen ihren Traum vom Eigenheim leben können, damit das Land der Mieter auch ein Land der Eigentümer wird. Wir werden daher für den Ersterwerb von selbstgenutztem Eigentum durch natürliche Personen einen Freibetrag von jeweils 250.000 Euro vorsehen. Um dies umsetzen zu können, werden wir uns weiterhin beim Bund für die Umsetzung einer Länderöffnungsklausel stark machen.	Wir werden die Grunderwerbsteuer durch ein gezieltes Landesprogramm ersetzen, wenn es sich um mietpreisgebundenen Wohnungsbau handelt. (...) Auch beim Erwerb einer ersten selbst genutzten Immobilie insbesondere durch Familien mit Kindern werden wir die Grunderwerbsteuer durch ein gezieltes Landesprogramm kompensieren.	Unser Zie begrüßen die – von schaffen in NRW s von selbst priorisier nem zwe Grunderw
<b>Wie steht Ihre Partei zu Änderungen, um die Eigenkapitalverzinsung in den kommunalen Gebührenhaushalten an die Realität anzupassen, den Straßenbaubeitrag abzuschaffen und eine Höchstfrist bei der Erhebung des Erschließungsbeitrags einzuführen?</b>	Wir werden noch im März 2022 beschließen, die Beitragszahlungen, auch für bereits bewilligte Anträge, vollständig zu übernehmen und so zu einer 100 Prozent Entlastung der Anlieger bei den Straßenausbaubeiträgen zu kommen. (...) Wir werden so rasch wie möglich, spätestens bis zum 30. Juni 2022, (...) ein Konzept erarbeiten, wie die Verpflichtung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen unter Vermeidung von Konnexitätsfolgen für das Land zukünftig entfallen kann.	Die SPD hat sich mit einem Gesetzentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge klar positioniert. Dieser Gesetzentwurf kann noch vor der Wahl verabschiedet werden, wenn CDU und FDP denn wollen. (...) Hinsichtlich der Erschließungsbeiträge haben wir bereits 2020 und 2021 die Landesregierung mit Anträgen aufgefordert, eine Verjährungsregelung zu schaffen. Wir haben uns dabei für eine Frist von 20 bzw. 25 Jahren ausgesprochen.	Wir unter kapitalver halten an Noch in d Bürgerinn baubeitrag wir sie er beiträge sichere V
<b>Welche konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei verfolgen, um die behördlichen Antragsverfahren durch die Digitalisierung zu beschleunigen und damit die Bürokratielasten zu senken?</b>	Wir werden Digital-Coaches für die Kommunen auf den Weg bringen, die die Kommunen auf dem Weg der Digitalisierung eng begleiten sollen. (...) Wir stärken das Open Government in der digitalen Verwaltung (...) Das Kommunalportal.NRW werden wir zu einem echten, umfassenden Leitportal mit übertragbaren, digitalen Diensten für die Kommunen entwickeln. (...) Mit Hilfe der digitalen Identität der Bürgerinnen und Bürger wollen wir Behördengänge überflüssig machen. (...)	Die schnelle und flächendeckende Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes auf allen Ebenen ist für uns prioritär, das sorgt für medienbruchfreie Verfahren von der Antragstellung über die interne Verarbeitung bis hin zum Bescheid. Der Bund wird dafür Mittel bereitstellen, die wir abrufen werden. Wichtig ist für uns auch, dass wir die Beschäftigten bei den anstehenden Aufgaben und Herausforderungen aktiv mitnehmen.	Es soll zu lisierung für ein, d Digitalisier eine Onco Unterneh Daten an sen, kann talisierung
<b>In welchen Bereichen sieht Ihre Partei Bedarfe, die öffentliche Infrastruktur auszubauen?</b>	(...) werden wir 10.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einstellen und die Schulgebäude modernisieren. (...) richten wir einen Innovationsfonds mit 100 Millionen Euro ein. (...) werden wir weiter in eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung für alle investieren, mit einer starken und zuverlässigen Krankenhauslandschaft. (...) stärken wir weiter die Digitalisierung. Weiterhin hohe Investitionen werden wir auch in unsere Straßen, Tunnel und Brücken tätigen.	Der Bedarf ist enorm. Gleichwohl kann die Landesregierung gar nicht beziffern, welche Investitionen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten anstehen. Daher wollen wir zunächst, analog zu Schleswig-Holstein, einen regelmäßigen Infrastrukturbericht etablieren, damit gezielt und planbar die entsprechenden Bedarfe abgearbeitet werden.	Im erhoff die wieder zielten er eigneten weiterhin dungsinf Digitalisier nahmen schaftssta besseren (...)

# en der Landtagsfraktionen

 <p>...abweichen der Schuldenbremse treten wir (...) den entgegen. Mit entsprechenden Anträgen ha- ... bereits in der Vergangenheit hinterlegt, dass wir ... nkerung der Schuldenbremse in der Landesver- ... für sachgemäß halten.</p>	 <p>Die Schuldenbremse ist in Nordrhein-Westfalen rechtlich fest verankert. Den Bedarf einer verfassungsrechtlichen Verankerung auf Landesebene sehen wir nicht.</p>	 <p>Ja. Angesichts der Nullzinspolitik der EU besteht ohne eine Schuldenbremse die Gefahr, dass die Landesregie- rung dies für eine Ausweitung der Verschuldung ausnut- zen könnte. (...)</p>
<p>...spruch an generationengerechte Politik ist es, ... lich möglichen Tilgungszeitraum von 50 Jahren ... fgenommenen Corona-Schulden nach Möglich- ... auszureizen. Angesichts des prognostizierten ... der Steuereinnahmen soll die Schuldenlast ... abgebaut werden. (...)</p>	<p>Wir haben die Einrichtung des Corona-Sondervermögens auf Landesebene (...) mitgetragen. Dies gilt auch für die darin bereits festgelegte Tilgungsdauer von 50 Jahren und die konjunkturgerechte Tilgung. Wir sind davon überzeugt, dass wesentlich kürzere Tilgungszeiträume eine zu große Belastung für die konjunkturelle Entwick- lung unseres Landes bedeuten würden (...)</p>	<p>Die AfD fordert seit März 2020 einen Abbau der Corona- Schulden innerhalb der nächsten 25 Jahre, wobei in den ersten 15 Jahren mindestens 50 Prozent der Kredite gel- tilgt werden müssen (...)</p>
<p>...haltige und generationsgerechte Haushaltspo- ... neben der Einhaltung der Schuldenbremse ... teile öffentliche Investitionen voraus (...) Um ... terhin die nötigen Spielräume für Zukunftsin- ... zu schaffen, braucht es (...) einer sehr conse- ... Ausgabenkritik: Bei jedem Förderprogramm soll ... cher geregelt werden, welches Ziel warum mit ... Instrument verfolgt wird – und anhand welcher ... die Zielerreichung während und nach dem Pro- ... gemessen werden soll. (...)</p>	<p>Nachhaltig wirtschaften heißt für uns, verantwortungs- bewusst mit den uns zur Verfügung stehenden Steuer- mitteln (...) umzugehen, eine moderne und leistungsfä- hige Verwaltung zu garantieren, den öffentlichen Besitz und die Infrastruktur unseres Landes zu erhalten (...). Die öffentliche Infrastruktur in NRW leidet unter einem mas- siven Investitionsstau (...). Wir werden mit einem grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken, die Konjunkturimpulse mit der ökologisch-sozialen Transfor- mation unseres Landes verbinden.</p>	<p>Eine nachhaltige Haushaltspolitik ist durch eine Fokus- sierung auf Investitionen und eine Reduzierung von kon- sumtiven Ausgaben geprägt. Mit zahlreichen Anträgen haben wir versucht, unnötige konsumtive Ausgaben (z.B. verdoppelte Budgets für die Öffentlichkeitsarbeit der Re- gierung, zusätzliche Subventionen zu bereits bestehen- den Subventionsstrukturen des Bundes u. ä.) zu reduzie- ren und dafür gleichzeitig Investitionen in die Infrastruk- tur (z.B. Brückenbau, Hochwasserschutz) zu stärken.</p>
<p>...tzigste Teil der kommunalen Einnahmen ist der Ge- ... werbesteuer. Sie ist im Vergleich zu den übr- ... ahmearten jedoch auch die volatilste (...) Deswe- ... en wir die Gewerbesteuer langfristig durch ei- ... ren, kommunalen Anteil an der Mehrwertsteuer ... (...)</p>	<p>Wir GRÜNE sind grundsätzlich für eine Reform der Ge- werbesteuer (...) Ziel muss es dabei sein, die konjunkt- urabhängige Volatilität der Steuer zu reduzieren, dies könnte z.B. über eine Ausweitung der Bemessungsgrund- lage erfolgen. Gerade die Belastung durch Steuern mit ei- nem kommunalen Hebesatzrecht (Grundsteuer, Gewer- besteuer) ist in NRW im Bundesvergleich hoch. (...)</p>	<p>Wir möchten die Gewerbesteuer abschaffen und durch einen kommunalen Aufschlag auf die Einkommensteuer ersetzen. Steuerpflichtig sind dann alle in der Gemeinde ansässigen natürlichen und juristischen Personen im gleichen Maße. Voraussetzung dafür ist aber eine grund- legende Steuerreform. (...)</p>
<p>...el bleibt die Einführung eines Freibetrags. Wir ... n, dass die neue Bundesregierung hierzu endlich ... uns lange geforderte – rechtliche Möglichkeit ... will. Diese werden wir unverzüglich nutzen und ... chnellstmöglich einen Freibetrag für den Erwerb ... tgenutztem Eigentum einführen. Neben dem ... ten Projekt des Freibetrags setzen wir uns in ei- ... iten Schritt für eine spürbare Senkung der ... verbsteuer (...) ein.</p>	<p>(...) In NRW wollen wir uns dafür einsetzen, diese Flexibi- lität für die Einführung eines Freibetrags zu nutzen, um den Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums insbeson- dere für Familien zu erleichtern. Auf Bundesebene sollen zur Gegenfinanzierung dieser Maßnahmen und zur Si- cherstellung der Steuergerechtigkeit sogenannte Share Deals verhindert werden (...) Auch dieses Vorhaben wer- den wir unterstützen.</p>	<p>Die AfD möchte in NRW eine Reduzierung des Steuersat- zes auf 3,5 Prozent erreichen. (...) Die AfD möchte die Ei- gentumsbildung insbesondere von Familien, aber auch den Wirtschaftsstandort NRW fördern.</p>
<p>...rstützen Bestrebungen, die (...) Kosten der Eigen- ... rzinssung in den kommunalen Gebührenhaus- ... ein marktübliches Zinsniveau anzupassen. ... der aktuellen Legislaturperiode haben wir die ... nen und Bürger vollständig bei den Straßenaus- ... ägen entlastet. In der nächsten Legislatur wollen ... dgültig abschaffen. (...) Bei den Erschließungs- ... wollen wir eine bürgerfreundliche und rechts- ... erjährungsfrist einführen.</p>	<p>Die Einbeziehung eines kalkulatorischen Zinses in die Ge- bührenberechnung ist aus unserer Sicht grundsätzlich geboten. (...) Wir GRÜNE sind für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (...) mit einer begrenzten Rück- wirkung und ebenso für die vom Bundesverfassungsge- richt geforderte zeitliche Begrenzung der Erhebung von Erschließungsbeiträgen (...). Hierfür schlagen wir einen Begrenzungszeitraum von 15 Jahren vor. Beides werden wir in einer Landesregierung umgehend umsetzen.</p>	<p>Ein Gleichlauf zwischen marktüblichen Zinssätzen und den Zinssätzen, die bei kommunalen Gebührenhaushal- ten herangezogen werden, muss gewährleistet sein. Des- halb sollten die Zinssätze alle zwei Jahre angepasst wer- den. Zur Rechtssicherheit sollten die Erschließungsbeiträ- ge maximal 10 Jahre zurückliegend erhoben werden dürfen. Straßenbaubeiträge möchte die AfD abschaffen. (...)</p>
<p>...künftig für alle Verwaltungsangebote ein Digita- ... s-Grundsatz gelten. (...) Wir setzen uns ferner da- ... digitale Prozesse landesweit so zu gestalten, dass ... erung nicht zur Belastung wird, (...) wollen wir ... e-Only-Garantie einführen. Wenn Personen und ... men bestimmte Standardinformationen und ... Behörden nur noch einmal übermitteln müs- ... ein umfassender Bürokratieabbau durch Digi- ... g auch wirklich gelingen.</p>	<p>(...) Unser Ziel ist es, dass Unternehmen sämtliche Behö- rdenkontakte, Statistikpflichten und Steuerangelegen- heiten über eine zentrale Plattform abwickeln können. Behö- rdliche Entscheidungs-, Genehmigungs- oder Prü- fungsprozesse werden wir mithilfe digitaler Anwendun- gen beschleunigen. (...)</p>	<p>Die AfD erachtet es als wichtig, dass Antragsverfahren grundsätzlich beschleunigt werden. Der Königsweg ist al- lerdings, die Gesamtheit der Antragsverfahren zu mini- mieren und die Bürokratie zu vereinfachen. Dazu bedarf es im Allgemeinen weniger Vorschriften und nicht z.B. mehr Personal zur Beschleunigung der Bearbeitung von Anträgen.</p>
<p>...ten Aufschwung nach der Pandemie wollen wir ... er anziehenden privaten Investitionen mit ge- ... gänzenden öffentlichen Investitionen und ge- ... Rahmenbedingungen flankieren. Wir setzen ... n auf Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Bil- ... rastruktur, leistungsfähige Verkehrswege und ... erung sowie auf ergänzende Infrastrukturmaß- ... zur klimaneutralen Transformation des Wirt- ... andorts NRW und auf Investitionen in einen ... Schutz kritischer öffentlicher Infrastrukturen.</p>	<p>Nordrhein-Westfalen braucht deutlich mehr Investitio- nen in die Infrastruktur von morgen: bei den Bildungsein- richtungen, der Digitalisierung, der Mobilitätswende, beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die Klima- folgen. Diese Zukunftsinvestitionen werden sich für künf- tige Generationen rechnen und ihnen Spielräume und ihre Freiheit sichern.</p>	<p>(...) Allein rund 65 Brückenbauwerke in NRW sind in ähn- lich schlechtem Zustand wie die jetzt zu einem jahrelan- gen Nadelöhr gewordene Talbrücke Rahmede der A45. Während der Landtag für sich selbst einen großvolumi- gen Erweiterungsbau plant und bestens gepflegt ist, sind unsere Schulen und Universitäten in teils erbärmlichem Zustand. (...) Es gibt so kaum einen Bereich, in dem die In- frastruktur nicht ertüchtigt und den Erfordernissen der Zeit angepasst werden muss.</p>